

Territoriale Agenda 2030

Zusammenfassung

Informelles Treffen der Ministerinnen und Minister für
Raumordnung, Raumentwicklung und/oder territorialen Zusammenhalt
1 Dezember 2020, Deutschland



#TerritorialAgenda

A future for all places

In Europa haben die zunehmenden Ungleichheiten zwischen Orten und zwischen Menschen sowie nicht nachhaltige Entwicklungen ein kritisches Niveau erreicht. Auf allen geografischen und Verwaltungsebenen ist ein verstärktes gemeinsames Handeln nötig, um positive Zukunftsperspektiven für alle Menschen, Gemeinschaften und Orte in Europa zu gewährleisten. Es ist an der Zeit, die territorialen Auswirkungen von Fachpolitiken zu verstehen und angemessen damit umzugehen. Wir wollen zur nachhaltigen Entwicklung beitragen und Europa zusammenhalten.

Dies ist eine Zusammenfassung der Territorialen Agenda 2030, auf die wir, die für Raumordnung, Raumentwicklung und/oder territorialen Zusammenhalt zuständigen Ministerinnen und Minister, uns in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Ausschuss der Regionen, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, der Europäischen Investitionsbank-Gruppe und einschlägigen europäischen und nationalen Verbänden verständigt haben.

Die Territoriale Agenda unterstreicht die Bedeutung der strategischen Raumordnung, bietet eine entsprechende Orientierungshilfe und fordert eine Stärkung der territorialen Dimension der Fachpolitiken auf allen Verwaltungsebenen. Sie ist darauf ausgerichtet, eine inklusive und nachhaltige Zukunft für alle Orte zu fördern und zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in Europa beizutragen.

Hierfür notwendige Voraussetzungen sind:

- ein gemeinsames Verständnis dafür, dass der Entwicklungsbedarf und die Auswirkungen künftiger Entwicklungen von Ort zu Ort in Europa unterschiedlich sind, und
- Zusammenarbeit und Koordinierung von Orten, Regierungsebenen, Politikbereichen und gesellschaftlichen Gruppen, um komplexe Fragen anzugehen und vielfältige Potenziale zu nutzen.

Wir definieren daher zwei übergeordnete Ziele, ein „gerechtes Europa“ und ein „grünes Europa“ mit sechs Prioritäten für die Entwicklung des gesamten europäischen Raums und all seiner Orte.

Während der Überarbeitung der Territorialen Agenda hat die COVID-19-Pandemie Politik und Entwicklungsperspektiven verändert. Angesichts der unterschiedlichen Auswirkungen und politischen Reaktionen in den einzelnen Regionen, die auf unterschiedliche Bedingungen zurückzuführen sind, zeigt die Pandemie, dass Gebiete von Bedeutung und stark voneinander abhängig sind. Der territoriale Zusammenhalt sollte während des Erholungsprozesses eine wichtige Rolle spielen. Raumentwicklungspolitik und die Zusammenarbeit zur Verwirklichung gemeinsamer Ziele sind entscheidend, um die Widerstandsfähigkeit von Kommunen, Regionen und Ländern zu verbessern und gleichzeitig deren Erholung zu unterstützen.

Warum wir handeln müssen

Wir haben die 2007 auf den Weg gebrachte und 2011 aktualisierte Territoriale Agenda überarbeitet und dabei die jüngsten Berichte der Europäischen Kommission, des Europäischen Ausschusses der Regionen, der Europäischen Investitionsbank-Gruppe und von ESPON berücksichtigt.

Europa verfügt über viele verschiedene Arten von Orten, wie Hauptstädte, Metropolregionen, kleine und mittlere Städte, stadtnahe Gebiete, ländliche Gebiete, innere Peripherien, Randgebiete, nördliche Gebiete, dünn besiedelte Gebiete, Inseln, Küstengebiete, Berggebiete, Regionen in äußerster Randlage, grenzüberschreitende Regionen, Makroregionen, Gebiete mit Bevölkerungsrückgang und Gebiete im wirtschaftlichen und industriellen Wandel. Diese haben sehr unterschiedliche Entwicklungspotenziale und stehen vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen. Auf allen Ebenen, von der sublokalen bis zur gesamteuropäischen Ebene, nehmen die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den Orten und zwischen den Menschen sowie die Umweltrisiken und Belastungen zu. Ursächlich dafür sind Größenvorteile, ungleicher Zugang zu Märkten und qualifizierten Arbeitskräften sowie Ungleichheiten in der Qualität der Verwaltung und öffentlichen Dienstleistungen. Darüber hinaus beeinflussen Verbindungen und Ströme zwischen Orten, insbesondere entlang der Korridore, die Möglichkeiten, Potenziale umzusetzen oder auf Herausforderungen zu reagieren.

Die Qualität von Regierungs- und Verwaltungsprozessen ist ein wichtiges Querschnittsprinzip für die lokale, regionale, nationale und europäische Entwicklung. Sie ist eine Voraussetzung für das Wohlergehen der Gesellschaft sowie für eine langfristige und nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen, der Investitionen, des sozialen Vertrauens und der politischen Legitimation.

Es besteht Handlungsbedarf, weil Menschen und Orte auseinanderdriften – zunehmende Ungleichgewichte und Ungleichheiten, z.B. in den Bereichen:

- Lebensqualität
- Daseinsvorsorge
- Demografische und gesellschaftliche Ungleichgewichte
- Digitalisierung und die 4. industrielle Revolution
- Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung
- Wechselseitige Abhängigkeiten zwischen Orten
- Globale Einbettung

Es besteht Handlungsbedarf, weil der Druck im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung und den Klimawandel zunimmt, z.B. in den Bereichen:

- Klimawandel
- Verlust der biologischen Vielfalt und Flächenverbrauch
- Luft-, Boden- und Wasserqualität
- Sichere, bezahlbare und nachhaltige Energie
- Gerechter Übergang
- Kreisläufige Wertschöpfungsketten
- Natur-, Landschafts- und Kulturerbe

Territoriale Prioritäten für Europa

Ein gerechtes Europa, das allen Orten und Menschen Zukunftsperspektiven bietet

AUSGEWOGENES EUROPA

Ausgewogenere Raumentwicklung mithilfe der Vielfalt Europas

- Wir werden Maßnahmen ergreifen, um Stadtviertel, Gemeinden, Kommunen, Kreise, Regionen und Mitgliedstaaten zu ermutigen, bei der Bewältigung globaler gesellschaftlicher Herausforderungen zusammenzuarbeiten und die Arbeits-, Lebens- und Geschäftsbedingungen an allen Orten zu verbessern sowie den sozioökonomischen Wohlstand, die Innovationsfähigkeit, Positionen in globalen Wertschöpfungsketten und die globale Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa zu stärken.
- Wir rufen politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aller Ebenen auf, polyzentrische Entwicklungsmodelle zu fördern, in denen alle Orte eine Rolle spielen.
- Wir werden Maßnahmen ergreifen, um Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf allen Verwaltungsebenen zu ermutigen, das einzigartige Potenzial spezifischer geografischer Gebiete zu erschließen und durch integrierte und kooperative Ansätze den Einschränkungen dieser Gebiete angemessen Rechnung zu tragen.

FUNKTIONALE REGIONEN

Konvergente lokale und regionale Entwicklung, weniger Ungleichheit zwischen den Orten

- Wir werden den Dialog mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Städten aller Größenordnungen suchen, um einen integrierten Mehrebenen-Ansatz anzuwenden. Dazu gehört die Einbeziehung von Menschen unterschiedlicher Verwaltungsebenen, insbesondere lokaler und regionaler Ebenen, sowie vielfältiger Politikfelder und gesellschaftlicher Gruppen.
- Wir werden uns mit lokalen und regionalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern austauschen, um die Zusammenarbeit an langfristigen ortsbezogenen Strategien für diese Bereiche zu stärken und nachhaltige funktionale Verbindungen zwischen benachbarten Gebieten zu schaffen.

INTEGRATION ÜBER GRENZEN HINWEG

Leichteres Leben und Arbeiten über Landesgrenzen hinweg

- Wir werden Maßnahmen ergreifen, um in makroregionalen, nationalen, regionalen und lokalen Entwicklungsstrategien eine stabile grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit zu etablieren. Wir unterstützen auch die Entwicklung neuer Strategiekonzepte, wo dies erforderlich ist, und die Förderung der gemeinsamen Entwicklung unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger über Grenzen hinweg.
- Wir werden den Dialog mit politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern auf allen Verwaltungsebenen intensivieren, um nationale Fachpolitiken zwischen den Ländern zu koordinieren und bestehende Hindernisse für die Zusammenarbeit abzubauen.

Ein grünes Europa, das gemeinsame Lebensgrundlagen schützt und gesellschaftliche Transformation gestaltet

GESUNDE UMWELT

Bessere ökologische Lebensgrundlagen, klimaneutrale und widerstandsfähige Städte und Regionen

- Wir unterstützen die Entwicklung naturbasierter Lösungen sowie grüner und blauer Infrastrukturnetze, die Ökosysteme und Schutzgebiete in den Bereichen Raumordnung, Landmanagement und anderen Bereichen miteinander verbinden, sowie die Entwicklung neuer Instrumente zur Krisenbewältigung, um die Sicherheit und Widerstandsfähigkeit der Orte zu erhöhen.
- Wir werden die natürlichen Grenzen der gemeinsamen Lebensgrundlagen Europas respektieren und die Widerstandsfähigkeit aller vom Klimawandel betroffenen Orte erhöhen.
- Wir werden uns darauf konzentrieren, das Bewusstsein zu stärken und lokale und regionale Gemeinschaften zu befähigen, ihre (gebauten) Umgebungen, Landschaften, materiellen und immateriellen Kulturgüter und andere einzigartige Werte durch Instrumente der Kohäsionspolitik, der Politik für die Entwicklung des ländlichen Raums, der Raumordnung oder andere Instrumente zur Stärkung der integrierten territorialen oder lokalen Entwicklung zu schützen, zu sanieren, zu nutzen und wiederzuverwenden.

KREISLAUFWIRTSCHAFT

Eine starke und nachhaltige lokale Wirtschaft in einer globalisierten Welt

- Wir unterstützen den Übergang Europas zu einer Kreislaufwirtschaft und die Entwicklung ortsbezogener Prozesse der industriellen Symbiose, auch unter Berücksichtigung der Notwendigkeit einer nachhaltigen Boden- und Flächennutzung.
- Wir unterstützen die Entwicklung lokaler und regionaler Strategien der Kreislaufwirtschaft, die lokale und globale Wirtschaftsräume miteinander verbinden.
- Wir fördern die Stärkung der Innovationskapazitäten in allen Regionen einschließlich lokaler Strategien für die Energiewende und Maßnahmen in den Bereichen Bau, Verkehr und Bioökonomie.

NACHHALTIGE VERBINDUNGEN

Nachhaltige digitale und physische Konnektivität von Orten

- Wir werden die Interessenträgerinnen und -träger einladen, in einen Dialog über die Notwendigkeit eines angemessenen Zugangs zu festen und mobilen Hochgeschwindigkeitsnetzen an allen Orten sowie über die Notwendigkeit einer digitalen Infrastruktur mit einem niedrigen CO₂-Fußabdruck und geringen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit einzutreten.
- Wir werden die Verbindungen zwischen der Raumordnung und dem Aufbau transeuropäischer Netze (TEN), insbesondere entlang der Korridore des Kernnetzes, weiter verbessern. Die Anbindung aller Orte an große Verkehrsknoten unterstützt internationale Handelsbeziehungen und lokale Entwicklungschancen.
- Wir laden Raum- und Verkehrsplanerinnen und -planer ein, neue sozial und ökologisch progressive Modelle für lokale und regionale Mobilitätsdienste (Mobility-as-a-Service) zu erforschen und bei der multimodalen und umweltfreundlichen Erreichbarkeit von und innerhalb von städtischen Ballungsräumen zusammenzuarbeiten.

Prioritäten umsetzen

Die in der Territorialen Agenda 2030 festgelegten Prioritäten müssen durch Maßnahmen engagierter Akteurinnen und Akteure unterstützt werden. Erst dann können die Prioritäten und Anliegen der Territorialen Agenda in Bezug auf räumliche Ungleichheiten und den Übergang zu einer CO₂-/klimaneutralen Wirtschaft angemessen angegangen werden. Insgesamt sollten die Maßnahmen folgende Anliegen stärken:

- Mehrebenen-Ansatz,
- ortsbezogene Ansätze,
- territoriale Auswirkungen und Kohärenz einer koordinierten Fachpolitik,
- Zusammenarbeit zwischen Gebieten,
- territorialer Zusammenhalt auf europäischer Ebene,
- territorialer Zusammenhalt auf grenzüberschreitender, transnationaler, inter- und intraregionaler Ebene und
- Beiträge der Mitgliedstaaten und der Nachbarländer zum territorialen Zusammenhalt.

Die Anwendung der Territorialen Agenda beruht auf einer informellen Zusammenarbeit auf mehreren Ebenen zwischen Mitgliedstaaten, subnationalen Behörden, der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Ausschuss der Regionen, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, der Europäischen Investitionsbank und anderen einschlägigen Akteurinnen und Akteuren. Die Anwendung der Territorialen Agenda würde von der Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen für die Urbane Agenda, die Neue Leipzig-Charta, die Kohäsionspolitik und die Politik für die Entwicklung des ländlichen Raums der EU, die Umsetzung des Europäischen Aufbauplans und die makroregionale und Meeresbeckenstrategien der EU profitieren.

Maßnahmen zur Umsetzung der Territorialen Agenda können auf jeder Verwaltungsebene ergriffen werden und können sich in Charakter und Schwerpunktsetzung unterscheiden. Alle Schlüsselakteurinnen und Schlüsselakteure sind aufgefordert, die Territoriale Agenda im Rahmen ihrer regulären Mandate umzusetzen.

Um europaweit gemeinsame Maßnahmen anzuregen, werden in Pilotmaßnahmen Vorgehensweisen gezeigt, getestet und entwickelt, die zur Umsetzung der Prioritäten der Territorialen Agenda beitragen. Alle werden ermutigt, diese Maßnahmen aufmerksam zu verfolgen, sich inspirieren zu lassen und Vorschläge für neue Maßnahmen zu unterbreiten.

Weitere Schritte

Wir ersuchen die kommenden EU-Ratspräsidentschaften, die Territoriale Agenda 2030 weiterzuverfolgen und ihre Kommunikation, Anwendung und Governance weiter zu stärken:

- Mitteilung der Fortschritte bei der Anwendung der Territorialen Agenda mit Hinweis auf den 25. und 30. Jahrestag des Europäischen Raumentwicklungskonzepts (1999) in den Jahren 2024 und 2029 sowie auf den 20. Jahrestag der Territorialen Agenda (2007) im Jahr 2027.
- Anwendung der Territorialen Agenda einschließlich Diskussion über Fortschritte, einschließlich Pilotmaßnahmen.
- Governance mit Fokus auf einer Bestandsaufnahme im Jahr 2024 einschließlich Überprüfung des Governance-Systems, der Umsetzungsfortschritte und Relevanz der Prioritäten. Dies geschieht im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die Kohäsionspolitik der EU nach 2027. Die Präsidentschaft des Rats der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2025 wird aufgerufen, ein informelles Treffen der Ministerinnen und Minister durchzuführen, bei dem über eine Entscheidung über eine mögliche Erneuerung der Territorialen Agenda 2030 informiert wird.

Folgen Sie dem Umsetzungsprozess auf
www.territorialagenda.eu



www.bmi.bund.de